

Regierungswechsel in Rangun Ein birmanischer Weg zur Demokratie?

Günter Siemers

Im Juli 1988 gab nach mehr als 26 Jahren der "starke Mann" Birmas, U Ne Win, völlig überraschend sein letztes Spitzenamt auf. Bis zum September wurden drei neue Regierungen gebildet. Die bislang letzte kam durch einen Putsch an die Macht, bereitet aber weitere Wahlen auf der Grundlage eines Viel-Parteien-Systems vor. Folgt auf den 1962 von oben verordneten "birmanischen Weg zum Sozialismus" damit jetzt ein eigener birmanischer Weg zur Demokratie?

Ein Rückblick auf die Ära Ne Win zeigt, daß das "alte" System bereits völlig aufgelöst wurde. Noch aber kann die neue Entwicklung in unterschiedliche Richtungen führen.

1. Der Weg von der Kolonialzeit zur Militärherrschaft

Bei ihrem Verlangen nach Demokratie knüpfen viele Birmanen an den Endabschnitt der Kolonialzeit und die ersten anderthalb Jahrzehnte danach an.

1.1. Endphase der Kolonialzeit: Die neuen Kräfte formieren sich

Im 18. Jahrhundert, unter der Konbaung-Dynastie, reichte die Herrschaft der Birmanen zeitweilig bis ins heutige Indien, Laos und Thailand hinein; selbst gegen China errangen sie 1770 einen Sieg. Ihr Expansionismus fand jedoch ein Ende, als sie im Westen auf sich von dort ausdehnende britische Kolonialinteressen stießen. In drei Kriegen, von 1824 bis 1886, unterwarf England schrittweise das Land; 1885 endete das birmanische Königtum, 1886 wurde Birma als Provinz an Britisch-Indien angegliedert.

Die Kolonialherren verwalteten das Kernland, in dem die ethnischen Birmanen die Bevölkerungsmehrheit bildeten, unmittelbar (einschl. allerdings von Arakan⁽¹⁾ und dem Mon-Gebiet), während in den umgebenden Berggebieten mit den ethnischen Minderheiten der Schan, der Karenni,⁽²⁾

der Kachin, Chin, Karen u.a. die traditionelle politische Struktur unter lediglich englischer Oberhoheit weitgehend beibehalten wurde; 1922 wurden die letzteren Gebiete unter einer gesonderten Grenzverwaltung zusammengefaßt. Damit war - wenn auch zum Schutz der Minderheiten - eine Trennung festgeschrieben, die schließlich in einen seit Jahrzehnten andauernden Bürgerkrieg mündete.

Ab 1923 erhielt Birma stufenweise mehr innere Selbstverwaltung, 1937 wurde es administrativ von Indien gelöst. Während des 2. Weltkrieges besetzten jedoch japanische Truppen den größten Teil des Landes.(3) Birmanische Einheiten, im Juli 1941 zusammengefaßt zu der etwa 8.000 Mann starken "1st Burma Division", kämpften Seite an Seite mit den Briten gegen die Invasoren und erlitten sehr hohe Verluste.

Aber es gab auch organisierte birmanische Gegner der britischen Kolonialherrschaft: 1931 gründeten opponierende Studenten eine "Dobama Asiayone" ("Organisation Wir Birmanen" - auch "Thakin-Partei" genannt, weil sich ihre Mitglieder mit dem sonst den Briten vorbehaltenen Titel "Thakin" - englisch: "Master" - anreden ließen). Die meisten späteren Führer, unter ihnen General Aung San, General Ne Win und U Nu, kamen aus dieser Bewegung.

Im Frühjahr 1940, während der Weltkrieg bereits im Gange war, verabschiedete ein Kongreß der Thakin-Partei ein Manifest, in dem u.a. die vollständige Unabhängigkeit Birmas, Volksbewaffnung, Annulierung der Auslandsschulden und eine Verstaatlichung des Grundbesitzes gefordert wurden. Die britische Kolonialverwaltung ging hart gegen solche Bestrebungen vor. Aung San, die Zentralfigur der birmanischen Unabhängigkeitsbewegung, konnte jedoch untertauchen und nahm in China Kontakt zur japanischen Besatzungsmacht auf.

Eines der Ergebnisse mehrmonatiger Verhandlungen war, daß 30 führende Thakin - die heute legendären "30 Kameraden", unter ihnen Aung San und Ne Win - von Japan militärisch ausgebildet und gegen Ende 1941 nach Bangkok gebracht wurden, wo sie unter Leitung japanischer Offiziere mit dem Aufbau einer birmanischen Truppe begannen, die schließlich im Januar 1942 - zu diesem Zeitpunkt 3.776 Mann stark - zusammen mit japanischen Einheiten nach Birma einmarschierte. Bis Mai 1942 auf 23.000 Mann angewachsen und damit ein eigener Machtfaktor, wurde sie im Juli 1942 durch eine nur noch etwa 4.000 Mann umfassende "Burma Defence Army" unter Generalmajor Aung San abgelöst. Ne Win war darin Brigadegeneral.

Im August 1943 gewährte Japan Birma die bereits in China zugesagte formelle Unabhängigkeit. Premierminister der birmanischen Regierung wurde der Politiker Dr. Ba Maw, Verteidigungsminister General Aung San, Außenminister U Nu. De facto blieb die japanische Besatzungsmacht aber weiterhin Herr in den von ihr okkupierten Gebieten.

Noch während die Gruppe um General Aung San äußerlich mit dem immer verhaßteren japanischen Regime zusammenarbeitete, leitete sie bereits Schritte zur Befreiung des Landes von ihm ein. Im August 1943 fand in Pegu eine Geheimkonferenz mit kommunistischer Beteiligung statt, als deren Resultat im August 1944 eine "Anti-Fascist People's Freedom League" (AFPFL) gegründet wurde. Zu ihrem Vorsitzenden wurde General Aung San gewählt, in ihren "Obersten Rat" auch General Ne Win.

Die AFPFL baute einen bewaffneten Untergrund gegen die japanische Militärpräsenz auf. Als 1945 die nur langsam vorrückenden alliierten Truppen Rangun nicht mehr rechtzeitig vor Einsetzen der Regenzeit zu erreichen drohten, löste General Aung San am 27. März eine allgemeine Erhebung gegen die Japaner aus, an der sich auch die "Burma Defence Army" als Überläufer beteiligte.⁽⁴⁾ Großbritannien etablierte zunächst aber wieder ein Kolonialregime. Dies änderte sich erst, als in London die Labour Party an die Macht kam: Premierminister Attlee leitete Unabhängigkeitsverhandlungen ein. Um britische Bedenken hinsichtlich des Schicksals der ethnischen Minderheiten in einem künftigen birmanischen Staat zu zerstreuen, wurde eine Konferenz mit Vertretern der ethnischen Birmanen und der Minderheiten nach Panglong (Schan-Staat) einberufen.

Am 12. Februar 1947 wurde durch das "Panglong-Abkommen" die Bildung einer "Birmanischen Union" festgelegt, der die ethnischen Birmanen wie auch die ethnischen Minderheiten angehören sollten. Die Schan und die Karenni (oder "Kayah") sollten nach zehn Jahren über einen Austritt aus oder Verbleib in der Union entscheiden können, den Kachin wurde zwar nicht dieses Recht, aber die Bildung eines eigenen Staates innerhalb der Union zugestanden; die Karen waren in Panglong nur als Beobachter vertreten, da sie aufgrund ihrer langjährigen guten Zusammenarbeit mit den Briten auf einen Sondervertrag und einen eigenen Staat hofften - allerdings vergeblich, wie sich zeigte.

Am 19. Juli 1947 wurde General Aung San ermordet. Seine Nachfolge an der Spitze der Regierungspartei AFPFL trat U Nu an, der kurz darauf erster Premierminister des selbständigen Birma wurde. Er und Premier

Attlee unterzeichneten am 17. Oktober 1947 den Unabhängigkeitsvertrag. Am 4. Januar 1948 wurde Birma wieder ein souveräner Staat.

1.2. Von der Unabhängigkeit zum Militärputsch von 1962: Test der Demokratie

U Nu sah sich mit zahlreichen Problemen konfrontiert: Die wirtschaftlichen Grundlagen waren weitgehend - sieht man von der noch immer mehr als ausreichenden Nahrungsmittelproduktion ab - vom Krieg zerstört; muslimische Separatisten in Arakan befanden sich in offener Rebellion; die trotzkistische "Rote-Flagge-Kommunisten" waren bereits 1946 aus der AFPFL ausgetreten und kämpften seit Januar 1947 im Untergrund (ihr Aufstand brach erst 1970 mit der Gefangennahme ihres damaligen Führers, Thakin Soe, zusammen), kurz nach der Unabhängigkeit folgten ihnen die numerisch stärkeren "Weiße-Flagge-Kommunisten" - die "Burmese Communist Party" (BCP), deren Guerilla heute die stärkste ist. Karen, die bereits vorher eine "Karen National Defense Organization" (KNDO) gebildet hatten, waren mit einer Verfassungsbestimmung unzufrieden, die für sie nur ein kleines eigenes Gebiet mit der Bezeichnung "Kawthulay" vorsah, und widersetzten sich ab September 1948 der Regierung. Im Januar 1949 brach in den Streitkräften eine Meuterei aus, der sich die meisten Karen-Regimenter anschlossen. (Eine der Folgen war, daß der Kommandeur der Streitkräfte, ein regierungsloyaler Karen, von Premier U Nu abgesetzt wurde und dessen bisheriger Stellvertreter, General Ne Win, das Oberkommando erhielt.) Auch andere Gruppen stellten sich gegen die Regierung. 31 Städte wurden vorübergehend von Aufständischen eingenommen, darunter im März 1948 Mandalay; nur mit Hilfe loyaler Chin-Einheiten konnte die Regierung das Land allmählich wieder unter Kontrolle bringen - wenn auch bis heute nicht überall.

In der AFPFL, die ja ein Konglomerat eigentlich unterschiedlich orientierter, aber gemeinsam die Unabhängigkeit anstrebender politischer Gruppen war, kam es nach Erreichung dieses zentralen Zieles zu ideologischen und persönlichen Interessenkonflikten, die in einer allmählichen Schwächung der Partei resultierten. U Nu, ein aktiver Buddhist, der diese in Birma vorherrschende Religion für unvereinbar mit dem Marxismus hielt, gab von Juni 1956 bis März 1957 die Regierungsführung an den Pragmatiker U Ba Swe ab, der von einer Vereinbarkeit der beiden Welt-

anschauungen ausging. Im April 1958 zerfiel die AFPFL in zwei selbständige Parteien: die "Saubere AFPFL" mit U Nu und die "Stabile AFPFL" mit U Ba Swe an der Spitze.

Als vor einer auf den November 1958 angesetzten Parlamentswahl die innenpolitischen Spannungen, bedingt z.T. durch eine schlechte Wirtschaftslage, einen Höhepunkt erreichten, bedrängten hohe Offiziere U Nu, die Regierungsgeschäfte vorübergehend an eine "Caretaker"-Regierung des Militärs abzugeben. Dies geschah auf verfassungsmäßigem Wege einen Monat später. Die Militärs, die unter General Ne Win nun auch zivile Funktionen wahrnahmen, erzielten in kurzer Zeit beträchtliche Erfolge: Ruhe und Ordnung wurden weitgehend wiederhergestellt, die wirtschaftliche Situation verbessert, die Durchführung freier Wahlen vorbereitet.

Bei der Wahl im Februar 1960 allerdings errang die vom Militär unterstützte "Stabile AFPFL" nur 41 der 250 Parlamentssitze, während auf die inzwischen in "Unionspartei" umbenannte ehemalige "Saubere AFPFL" - nicht zuletzt durch U Nus geschickte Ausnutzung seiner Beziehungen zum Buddhismus - 159 Sitze entfielen. Das Militär gab vereinbarungsgemäß alle politischen Funktionen wieder ab.

Die innenpolitischen Konflikte spitzten sich jedoch weiter zu, die Regierung U Nu mußte taktieren und Zugeständnisse machen. Am 26. August 1961 billigte das Parlament eine Verfassungsänderung, durch welche der Buddhismus zur Staatsreligion erklärt wurde - eine Regelung, die vom Militär nicht gutgeheißen wurde, da es mit Recht befürchtete, daß sich die Spannungen zwischen der vorwiegend buddhistischen Bevölkerungsmehrheit der ethnischen Birmanen auf der einen und den Kachin und Karen mit ihren starken Anteilen von Christen auf der anderen Seite verschärfen würden.

Im Januar 1962 stimmte U Nu einer Verstaatlichung aller Importfirmen zu - was u.a. das in Militärbesitz befindliche Firmenkonglomerat "Burma Economic Development Corporation" treffen mußte.

Als schließlich gegen Ende Februar 1962 Führer der Schan und der Kayah in Rangun zusammenkamen, um über Verbleib oder Nicht-Verbleib ihrer Volksgruppen in der Birmanischen Union zu beraten - wozu sie nach dem Panglong-Abkommen bereits 1957 ein Entscheidungsrecht besaßen -, schlug das Militär zu: Am frühen Morgen des 2. März 1962 übernahm es in einem fast unblutigen Putsch (ein Toter) die Macht.(5)

2. Die Ära Ne Win (1962 - Juli 1988)

Der Staatsstreich leitete eine Ära Ne Win ein, die erst im Juli 1988 - zumindest formell - enden sollte.

2.1. Vom Militärregime zur parlamentarischen Diktatur(7)

Ein sofort gebildeter 17köpfiger "Revolutionsrat", der sich ausschließlich aus Militärangehörigen zusammensetzte, begann nun, durch Erlasse zu regieren.

Am 3. März löste er das Parlament auf, am 9. März übertrug er alle exekutive, legislative und richterliche Gewalt auf General Ne Win, am 20. März wurden der "High Court" und der "Supreme Court" aufgelöst. Am 30. April proklamierte der Revolutionsrat mit dem "Birmanischen Weg zum Sozialismus" eine der bis 1988 geltenden ideologischen Grundlagen (vgl. unten). Am 4. Juli 1962 wurde als politische Partei des Militärregimes die "Birmanische sozialistische Programmpartei" (BSPP; "Lanzin-Partei") gegründet, aber erst am 28. März 1964 erfolgte ein Verbot aller anderen Parteien.

Die BSPP verstand sich für eine nicht befristete Übergangszeit als reines Führungsgremium. Noch 1971 hatte sie ganze 24 Vollmitglieder - von denen 13 dem Revolutionsrat angehörten.

Um seiner Politik auch über das Militär hinaus, d.h. in der Bevölkerung, Rückhalt zu verschaffen, mußte General Ne Win die Partei jedoch erweitern. Dies geschah durch den 1. BSPP-Parteitag im Sommer 1971, der die Umwandlung in eine Volkspartei beschloß und außerdem als Aufgabe im staatlichen Bereich die Ausarbeitung einer neuen Verfassung festsetzte.

Der resultierende, längere Zeit beratene Verfassungsentwurf wurde in einer Volksabstimmung vom 15. bis 31. Dezember 1973 mit 90,19 % der abgegebenen Stimmen gebilligt und trat am 4. Januar 1974 in Kraft. Bis zum September 1988 wurden an dieser Verfassung nur geringfügige Änderungen vorgenommen.

Mit dem neuen Grundgesetz erfolgte äußerlich ein Übergang von einem Militär- zu einem Zivilregime: General Ne Win und eine Anzahl anderer Offiziere gaben ihre Zugehörigkeit zu den Streitkräften auf, es wurde ein Parlament gewählt und auf parlamentarischer Basis eine Regierung gebildet. An den wirklichen Machtverhältnissen änderte sich aber nur wenig; denn Verf. Art.11 schrieb vor: "Der Staat soll ein Ein-Partei-

en-System einführen. Die Birmanische sozialistische Programmpartei ist die einzige politische Partei, und sie soll den Staat führen."(6) Die Verfassung schuf also lediglich eine parlamentarische Diktatur.

2.2. Die ideologischen Grundlagen

Die ideologische Zielsetzung der BSPP und ihre Untermauerung gehen aus drei kurz nach dem Militärputsch veröffentlichten Dokumenten hervor: der am 30. April 1962 erschienenen Schrift "The Burmese Way to Socialism", der am 4. Juli 1962 herausgekommenen Parteisatzung und der am 17. Januar 1963 veröffentlichten Schrift "The System of Correlation of Man and His Environment (The Philosophy of the BSPP)". Schon 1959 hatte das Militär - das ja in der Phase vor der Unabhängigkeit mit marxistischem u.a. Gedankengut in Berührung gekommen war - eine Erklärung zum Thema nationale Ideologie und Streitkräfte herausgegeben, in der als Prioritäten die Wiederherstellung von Frieden und Gesetzesherrschaft, die Einimpfung von Demokratie und die Schaffung einer sozialistischen Wirtschaft gesetzt worden waren.

Das "System of Correlation" geht wie der Buddhismus davon aus, daß alle Dinge unbeständig und veränderlich sind; erfolgen die - quantitativen oder qualitativen - Veränderungen begrenzt, handelt es sich um Evolution, erfolgen sie beschleunigt und in größerem Ausmaß, so handelt es sich um Revolution. Veränderungen vollziehen sich meist unwillkürlich, können aber auch von Menschen herbeigeführt werden. So sucht der Mensch, wenn das System der Wirtschaftsbeziehungen in einem Zeitalter nicht mehr den Interessen der Gesellschaft entspricht, ein besser geeignetes System zu verwirklichen - d.h., wenn im evolutionären Prozeß ein bestimmter Zustand erreicht worden ist, geht dieser in einen revolutionären Prozeß über.

Die menschliche Natur weist der Schrift zufolge Veranlagung sowohl zum Bösen wie auch zum Guten auf. Durch einen "sozialistischen Weg demokratischen Lebens" kann die Tendenz, in die böse Veranlagung zu verfallen, ständig eingedämmt und unter Kontrolle gehalten werden. Nur unter dieser Voraussetzung darf jedermann das Recht auf Anwendung seiner eigenen kreativen Arbeit und Initiative haben. Sozialismus ist somit eine notwendige Form sozialer Kontrolle, durch welche die ungezügelte Freiheit des Individuums eingeschränkt und seine Energie und sein Tun in eine sozial nützliche und konstruktive Bahn gelenkt werden. In einer

"sozialistischen Demokratie" besteht daher auf der einen Seite eine zentralistische Führung, auf der anderen eine Einheit von Wille und Tun des Individuums mit dem der Gruppe. Als Ergebnis sieht das "System of Correlation" eine in Wohlstand lebende Gesellschaft, die frei ist von Ausbeutung oder Unterdrückung einzelner Mitglieder durch andere; es gibt keine Profitgier und keine das menschliche Wohlergehen bedrohenden Klassegegensätze.

Diese (hier sehr vereinfacht wiedergebene) Argumentation stellte einen nachträglichen Überbau für die acht Monate vorher veröffentlichte Schrift "The Burmese Way to Socialism" dar, welche konkreter auf die geplanten gesellschaftlichen Veränderungen einging.

Ihr zufolge war Nahziel eine Ausweitung der Produktion zur Anhebung des Lebensstandards und Beseitigung von Arbeitslosigkeit. Zu diesem Zwecke sollten Landwirtschaft, industrielle Produktion, Warenverteilung, Nachrichtenübermittlung und Außenhandel auf verschiedene Weise in Staatsbesitz überführt werden, wobei in einer Übergangsphase zwar Staatsbesitz die Hauptgrundlage der Wirtschaft bilden sollte, aber weiter ein Bedarf an privatem Kapital und Unternehmertum bestehen würde - dies jedoch in begrenztem Umfang und auf Birmanen beschränkt (d.h. nicht auf die im Lande lebenden Inder etc. bezogen). Weder in der Übergangsphase noch nach Erreichen des Sozialismus sollte, da zwischen den Individuen sowohl physische als auch geistige Unterschiede bestehen, die Gesellschaft egalitär sein, sondern jedermann sollte gemäß der Quantität und Qualität seiner Arbeitsleistung Kompensation erhalten. Aufgabe der Regierung sollte es lediglich sein, den Abstand zwischen Reichen und Armen zu verringern.

Um diese Ziele zu erreichen, sollte in der Übergangsphase die bislang in dieser Hinsicht erfolglose parlamentarische Demokratie durch eine "sozialistische Demokratie" ersetzt werden; der "demokratische Zentralismus" des neuen Systems sollte sich auf die wechselnden Gegebenheiten flexibel und undogmatisch einstellen. Die Gesellschaft sollte während der Militärherrschaft zu einer entsprechenden Haltung - einschließlich der Erkenntnis, daß jede Religion und Kultur die moralische Wahrheit lehre - umerzogen werden.(8)

Die BSPP-Ideologie umfaßte somit sowohl buddhistisches als auch marxistisches und sozialdemokratisches Gedankengut. Was sie von einem Sozialismus kommunistischer Prägung deutlich unterschied, war u.a., daß kein Klassenkampf vorgesehen war und keine "Diktatur des Proletariats"

angestrebt wurde, sondern Wohlstand und Harmonie durch wohlwollende Lenkung herbeigeführt werden sollten.

2.3. Die Machtstruktur

Die Macht im Lande wurde in der Ära Ne Win formell durch die verfassungsmäßigen Staatsorgane und das Parlament ausgeübt. Dahinter stand jedoch eine Lenkung durch die Einheitspartei und ihre Führung.

2.3.1. Das verfassungsmäßige System

Auf zentraler Ebene schrieb die Verfassung von 1974 ein Ein-Kammer-Parlament ("Pyithu Hluttaw") und als "Zentralorgane der Staatsgewalt" einen Staatsrat, einen Ministerrat (= Kabinett), einen Rat der Volksrichter, einen Rat der Volksanwälte und einen Rat der Volksinspektoren vor.

Die (zuletzt nominell 490) Parlamentsabgeordneten wurden in direkter Wahl auf jeweils 4 Jahre gewählt. Das Parlament übte die alleinige gesetzgebende Gewalt aus, hatte den Staatshaushalt zu billigen, konnte den Krieg erklären und unter bestimmten Umständen Volksräte (s.u.) für aufgelöst erklären. Außerhalb seiner Sitzungsperioden mußten die "Zentralorgane der Staatsgewalt" schriftliche Fragen auch eines einzelnen Abgeordneten innerhalb von drei Wochen nach Eingang beantworten.

Aus seiner Mitte wählte das Parlament einen Staatsrat, der sich aus je einem Mitglied aus jeder der 7 Provinzen und jedem der 7 Unionsstaaten Birmas, einer gleichen Gesamtzahl sonstiger Mitglieder und dem Premierminister zusammensetzte. Der Staatsrat wählte aus seiner Mitte, jedoch ohne die Stimme des Premierministers, seinen Vorsitzenden, welcher Präsident der Republik war; diese Wahl bedurfte der zusätzlichen Zustimmung des Parlaments.

Aufgaben bzw. Rechte des Staatsrates waren u.a. die Auslegung und die formelle Verkündung von Gesetzen, die Entscheidung über internationale Verträge (mit Zustimmung des Parlaments) und Abkommen, die Ernennung und Entlassung stellvertretender Minister, außerhalb der Sitzungsperioden des Parlaments das Erlassen von Verordnungen mit Gesetzeswirkung (die jedoch einer Zustimmung des Parlaments innerhalb von 90 Tagen bedurften), die Verhängung des Notstandes oder Kriegsrechtes (was der Zustimmung des Parlaments bei seiner nächsten Sitzung bedurfte), die Leitung, Überwachung und Koordinierung der "zentralen

und lokalen Organe der Staatsgewalt", etc.

Oberstes Exekutivorgan war der mit erheblich geringeren Befugnissen ausgestattete Ministerrat. Seine Mitglieder wurden vom Parlament aus seiner Mitte, jedoch anhand einer Vorschlagsliste des Staatsrates, gewählt. Aus der eigenen Mitte wählte der Ministerrat den Premierminister. Der Ministerrat verwaltete die Fachressorts.

Der Rat der Volksrichter war oberstes Organ der Rechtsprechung, der Rat der Volksanwälte hatte etwa die Funktion einer Generalstaatsanwaltschaft, der Rat der Volksinspektoren hatte zu prüfen, ob der öffentliche Dienst - bis hin zu Ministerien - den Interessen der Öffentlichkeit entsprechend arbeitete.

Auch die Mitglieder dieser drei Institutionen wurden vom Parlament aus seiner Mitte gewählt.

Alle fünf "Zentralorgane der Staatsgewalt" waren dem Parlament verantwortlich - was aber in der Praxis vorwiegend Berichterstattung an das Parlament bei dessen ordentlichen Sitzungen und Beratung darüber, nicht jedoch starke Eingriffe des Parlaments in ihre Tätigkeit bedeutete.

Auf lokaler und regionaler Ebene(9) wurde das zentrale System nur teilweise dupliziert: Es wurden "Volksräte" gewählt, die für öffentliche Verwaltung, wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten, Justizverwaltung (d.h. Strafvollzug, nicht aber Rechtsprechung), lokale Sicherheit, Recht und Ordnung etc. zuständig waren. Jeder Volksrat wählte aus seiner Mitte als ausführendes Organ einen "Exekutivausschuß", dieser wiederum aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, welcher dann an der Spitze der Verwaltung der betreffenden Provinz, "township" etc. stand.(10)

Ein solcher Aufbau konnte sehr demokratisch sein. In der Praxis war er das nicht - weil parallel dazu eine straff durchorganisierte Einheitspartei bestand, deren Führung der eigentliche Entscheidungsträger war.

2.3.2. Die Kontrolle durch die Partei

Die Regierungspartei BSPP wuchs rasch: von 1966 20 Vollmitgliedern und knapp 186.000 "Kandidaten" - d.h. Mitgliedern der Partei, die noch kein Stimmrecht besaßen - auf Ende Januar 1985 etwa 1,022 Mio. Vollmitglieder und 1,278 Mio. Kandidaten, zusammen also über 2,3 Mio. Mitglieder; für Ende März 1988 wurde sogar eine Gesamtmitgliederzahl von 2,896 Mio. bekanntgegeben.

Im Vorfeld der BSPP gab es außerdem Massen von potentiellen An-

wärtern auf eine spätere Parteizugehörigkeit: zum einen die "Freunde der Partei" mit 1985 mehr als 1,2 Mio. Mitgliedern, zum andern die parteinahen Kinder- und Jugendorganisationen "Teza-Jugend", "Shesaung-Jugend" und "Lanzin-Jugend" - nach Altersgruppen gestaffelt von 5 bis 25 Jahren -, die am 31.12.1984 zusammen 3,128 Mio. Mitglieder zählten (allein die Lanzin-Jugend hatte Ende März 1988 aber 2,087 Mio. Angehörige.(11)

Unterste Parteieinheit waren die "Parteizellen" mit vermutlich nur einer kleinen Anzahl von Personen, und eine vermutlich kleine Zahl von Parteizellen bildete jeweils eine "Parteisektion".(12) Die mittlere Parteiebene repräsentierten die "Regionalkomitees", deren Zuständigkeitsbereich sich jeweils mit den Grenzen der Provinzen bzw. Unionsstaaten deckte. Ihre Mitglieder wurden nicht etwa von der darunter liegenden Ebene gewählt, sondern vom "Zentralkomitee" (ZK) der Partei bestimmt.

Das ZK - dem seit dem 5. Parteitag (1985) 280 Personen angehörten - wurde vom Parteitag gewöhnlich auf 4 Jahre gewählt und trat mehrmals jährlich (so in der Regel vor jeder Parlamentssitzung) zusammen. Den Machtkern innerhalb des ZK bildete der von ihm gewählte (1985 17köpfige) "Zentrale Exekutiv Ausschuß" (vergleichbar einem Politbüro oder Parteivorstand), dessen Führung wiederum aus einem Vorsitzenden, einem stellvertretenden Vorsitzenden (ab 1985), einem Generalsekretär und einem 2. Generalsekretär bestand. Das ZK unterhielt zwei nicht sektorale Ausschüsse (den Inspektionsausschuß und den Disziplinarausschuß) sowie (1985 zehn) Ausschüsse mit fachlicher Zuständigkeit (für Finanzen und nationale Planung, Industrie, Landwirtschaft, Verteidigung, Massenorganisationen usw.), deren Mitglieder ebenfalls von ihm bestimmt wurden.

Da der Parteitag nur alle 4 Jahre zusammentrat, lag die eigentliche Kontrolle über die BSPP also beim ZK und zwischen dessen Sitzungen beim "Zentralen Exekutiv Ausschuß" - d.h. die Entscheidungen wurden im wesentlichen sehr zentral und kaum unter Mitwirkung der Parteibasis getroffen. Hauptaufgabe der letzteren war somit die Repräsentation und Durchsetzung von Parteientscheidungen nach außen.

Dies geschah u.a. durch gleichzeitige Mitgliedschaft in Massen- und anderen Organisationen. So gehörten per 31.1.1985 von den 7,550 Mio. Mitgliedern des "Bauernverbandes" 11,2 % der BSPP an, von den 1,810 Mio. Mitgliedern des "Arbeiterverbandes" rund 21 %. In den "Zentralorganen der Staatsgewalt" bestanden zum selben Zeitpunkt 125 basisnahe "Ständige Parteifractionen".(13)

Besondere Bedeutung aber kam der Doppelmitgliedschaft in der BSPP

und dem Militär zu. Nach offiziellen Angaben waren ebenfalls Ende Januar 1985 169.654 Soldaten BSPP-Mitglied - geht man von einer Gesamtstärke des Militärs von 186.000 Mann aus, also 91,2 % des gesamten Militärs, das somit leicht politisch gesteuert werden konnte. Umgekehrt waren aber auch viele, wenn nicht die meisten Schlüsselstellungen in der Partei und der öffentlichen Verwaltung, z.T. sogar in anderen Bereichen, mit aktiven oder ehemaligen Soldaten besetzt.(14) Die BSPP - die ihre Gründung ja dem Militärputsch von 1962 verdankte -, die öffentliche Verwaltung und das Militär waren aufs engste miteinander verbunden.

An der Spitze des Systems stand U Ne Win - nach Abgabe seiner 1962 erhaltenen Sondervollmachten von 1974 bis 1981 in der mehr zeremoniellen Stellung des Präsidenten von Birma, von 1973 bis 1988 aber in der Machtposition des BSPP-Vorsitzenden.(15)

Als er diese Funktion im Juli 1988 aufgab, war das Regime (zumindest theoretisch) erstmals wieder offen für Veränderungen - besonders unter den gegebenen Umständen.

2.4. Der Niedergang und seine Ursachen

Bis zum März 1988 waren Protestkundgebungen eine Seltenheit gewesen. Zwar hatten, als die Regierung am 5. September 1987 mit sofortiger Wirkung die drei höchsten Geldnoten (25, 35 und 75 Kyat) ersatzlos (!) für ungültig erklärte und damit nach ausländischen Schätzungen 65 bis 80 % des gesamten Bargeldes entwertete, abends etwa 500 bis 1.000 Studenten in Rangun protestiert, aber das Erziehungsministerium schloß am folgenden Tag kurzerhand alle Einrichtungen des Erziehungswesens (bis 26. Oktober): Nach außen blieb es ruhig.(16) Unter der Oberfläche allerdings dürfte diese Maßnahme - vermutlich gegen Schwarzhändler und Guerilla gerichtet - die Opposition gegen das Regime insgesamt heftig verstärkt haben.

Am Abend des 12. März 1988 kam es dann in einer Teestube in Rangun wegen der Lautstärke von Musik zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen einigen Studenten und anderen Jugendlichen, die sich in den nächsten Tagen ausweiteten und zunehmend zu Zusammenstößen mit den Ordnungskräften führten. Nach offiziellen Angaben fanden etwa 70 Personen den Tod,(17) 625 wurden festgenommen, aber zumeist in den folgenden Wochen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Am 13. Juni begannen im Universitätsbereich in Rangun neue Pro-

teste, die den Auftakt zu einer - mit Unterbrechungen - bis in den September anhaltenden Welle von Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks bildeten, an denen sich immer mehr auch Nicht-Studierende beteiligten. Selbst banaler persönlicher Zank in der Bevölkerung nahm manchmal größere Dimensionen an und kehrte sich gegen die Obrigkeit, deren Ordnungskräfte schon in der Anfangsphase ebenfalls Verluste zu beklagen hatten.(18) Die Freilassung aller (nach offiziellen Angaben) 784 bei den Protesten und Zwischenfällen Festgenommenen - darunter 288 Studierende - bis zum 7./8. Juli brachte keine Beruhigung. Über Rangun und drei weitere große Städte wurde eine nächtliche Ausgangssperre verhängt, über eine von ihnen, Prome, am 22. Juli auch das Kriegsrecht.(19)

Am selben 22. Juli trat das ZK der BSPP zusammen, vom 23. bis 25. Juli fand ein außerordentlicher Parteitag(20) statt, am 27. Juli eine außerordentliche Sitzung des Parlaments.

Auf dem Parteitag erklärte U Ne Win überraschend seinen Rücktritt - begründet durch sein Alter und damit, daß er zumindest indirekt nicht ganz frei von Verantwortung für die Unruhen im März und Juni sei - und schlug eine Volksabstimmung über die Einführung eines Mehrparteiensystems vor. Die Delegierten billigten seinen Rücktritt und den von Präsident U San Yu - der auf der folgenden Parlamentssitzung auch sein Staatsamt abgab -, nicht aber den von vier weiteren Vertrauten U Ne Wins (darunter U Sein Lwin). Auch die Volksabstimmung wurde mehrheitlich abgelehnt - eine früher undenkbare Eigenständigkeit der Entscheidung.(21)

Was U Ne Win wirklich zum Ausscheiden veranlaßte, ist nicht sicher. Äußerlich erfolgte der Schritt nach anhaltenden Demonstrationen - die seine Stellung jedoch nicht ernstlich zu gefährden schienen. Einige Spekulationen gehen dahin, daß er sich - zwar sehr rüstig, doch immerhin bereits 77jährig - einen noch guten Abgang verschaffen wollte. Denkbar ist aber ebenso, daß er von der Notwendigkeit von Veränderungen überzeugt war; denn das Regime hatte abgewirtschaftet.

2.4.1. Überalterung eines starren Systems

Wenn auch die Proteste bis Juli an Umfang gering waren im Vergleich zu den später folgenden und die BSPP-Herrschaft nicht konkret gefährdeten, so führten sie doch zu einer Selbstbesinnung in der durch Buddhismus

und militärische Schulung zum Realismus erzeugten Führungsspitze.

U Aye Ko nannte in einem recht offenen Bericht bestehende Mängel: Landesweit verbreiteten sich ein moralischer Niedergang und mangelndes Engagement ("lowliness in spirit"). In den verschiedenen Staatsorganisationen und Behördenstellen gebe es zuviele Schwächen in der Pflichterfüllung; Zweckentfremdung öffentlicher Mittel und anderen öffentlichen Eigentums, aktive und passive Bestechung und Protektion seien verbreitet. Selbst für die Justiz räumte er Fälle von Korruption ein und implizierte Unkorrektheiten auch bei der Volkspolizei u.a. Sein Fazit für die BSPP: Die ganze Partei müsse von Quantität auf Qualität umgestellt werden.(22)

Seine knappen Hinweise offenbarten Zerfallserscheinungen in einem erstarrten System, das durch die stark zentralisierte Lenkung Reformansätze und Eigeninitiativen auf allen darunterliegenden Ebenen weitgehend unterdrückte. Was bis dahin gefordert wurde, war Anpassung - und diese machte für Personen, die mehr wollten, als sie hatten, eine bloße Nutznießung aus dem bereits Vorhandenen zum natürlichen Ausweg.

2.4.2. Der Mißerfolg in der Wirtschaft

Wie o.a., sah die Ideologie der BSPP vor, die Wirtschaft zunehmend unter Staatskontrolle zu bringen. So war im Haushaltsjahr 1987/88 nach den vorläufigen Daten der private Sektor nur noch mit 55,6 % an der Entstehung des Bruttoinlandsproduktes beteiligt, der staatliche aber bereits mit 37,2 % und der genossenschaftliche mit 7,2 % - bei allerdings sehr unterschiedlichem Stand in den einzelnen Sektoren: Das Geld- und Kreditwesen etwa wurde bis auf eine kleine genossenschaftliche Nische bereits völlig vom Staat kontrolliert, während im verarbeitenden Gewerbe noch 48,2 % und in der Landwirtschaft (ohne Tierzucht) sogar 90,7 % der Produktion aus dem privaten Sektor kamen.(23)

Diese Zahlen allein vermitteln jedoch kein vollständiges Bild. Gerade die - im Agrarland Birma besonders wichtige - Landwirtschaft mit ihrem hohen privaten Produktionsanteil zeigte in letzter Zeit sehr drastisch die verfehlten staatlichen Eingriffe:

Bauern mußten in der Vergangenheit den Großteil ihrer Ernte an sog. "kontrollierten Produkten" - darunter Reis - zu staatlich festgesetzten Preisen an den Staat verkaufen, der sie dann auf dem Binnenmarkt absetzte oder exportierte. Ab Anfang 1987 jedoch kaufte der Staat die gesamte Reisernte auf - zu einem Preis von 2,5 Kyat(24) pro Pyi, der einen

niedrigen Abgabepreis von 3 Kyat/Pyi an den Endverbraucher möglich machte (ein ungelernter Arbeiter verdiente damals etwa 120 Kyat pro Monat). Die Erzeuger kamen damit nicht mehr in den Genuß des bisherigen Mischpreises, den sie durch Absatz eines kleineren Teils der Ernte auf dem Schwarzmarkt (zu einem Preis von damals etwa 11 bis 15 Kyat/Pyi) erzielt hatten.(25) Da 2,5 Kyat/Pyi die Produktionskosten nicht mehr deckten, gaben sie (nach inoffiziellen Berichten) den Reisanbau z.T. auf. Die Regierung reagierte mit einer völligen Freigabe des Handels mit Reis (u.a.) ab 1. September 1987.(26) Durch die o.a. Geldnotenentwertung fünf Tage später aber verloren viele Erzeuger das Vertrauen in Bargeld und belieferten den Markt trotz freier Preise nur noch zurückhaltend. Das unzureichende Angebot resultierte in erheblichen Preissteigerungen für die Endverbraucher. Die städtische Bevölkerung mußte also mehr für das wichtigste Grundnahrungsmittel bezahlen, obwohl sie in großem Umfang Bargeld verloren hatte.

U Aye Ko nannte in seinem o.a. Bericht weitere Indikatoren für die schlechte Wirtschaftslage, z.B.: Das Defizit in der Zahlungsbilanz, das durch eine sich verschlechternde Handelsbilanz verursacht wurde, glich die Regierung durch Kreditaufnahme im Ausland aus. Diese belief sich im Haushaltsjahr 1977/78 noch auf 1,2 Mrd. Kyat, 1986/87 aber bereits auf 2,9 Mrd. Kyat. Die Schuldendienstrate erhöhte sich im selben Zeitraum von 15,1 % auf 59,2 %. Der Generalsekretär beklagte außerdem bei den Staatsunternehmen sinkende Effizienz, hohen Ausschuß, bürokratisches Management etc., für den privaten Sektor zunehmende Nutzung des Kapitals für Geschäfte auf dem Schwarzmarkt (der recht beträchtlich zur Deckung des Konsumgüterbedarfs u.a. beiträgt).

Wenn auch ein Teil der wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch Entwicklungen außerhalb Birmas verursacht wurde, so war doch recht deutlich: Der Fortschritt auf dem Wege zum Sozialismus hatte erheblich zum Niedergang der Wirtschaft beigetragen.

Als Konsequenz schlug U Aye Ko eine (näher spezifizierte) weitgehende Öffnung der Wirtschaft für private Initiativen - bis hin zum Pressewesen - und eine allgemeine Zulassung von joint ventures mit ausländischen Regierungen oder Firmen, soweit auch im Interesse Birmas, vor. ZK, Parteitag und Parlament billigten seine Vorlage.(27)

2.4.3. Ungelöstes Problem Guerilla

Der bewaffnete Aufstand ethnischer Minderheiten - die heute durchweg nur noch interne Autonomie und nicht mehr Sezession fordern -, der "Burmese Communist Party" (BCP) u.a. ist kein erst in der Ära Ne Win entstandenes Problem, aber es ist in den mehr als 26 Jahren seit März 1962 auch nicht gelöst worden - weder militärisch noch durch Verhandlungen.

Nach ausländischen Schätzungen standen vor den Unruhen von 1988 den etwa 186.000 Mann Militär (Tatmadaw), 38.000 Mann Volkspolizei und 35.000 Mann Miliz auf Regierungsseite etwas über 29.000 Vollzeit-Guerilleros und ca. 36.000 bis 38.000 Reservisten oder Milizangehörige der Guerilla, d.h. insgesamt ca. 65.000 bis 67.000 Guerilleros (davon etwa 30 % BCP) gegenüber.(28)

Offiziellen Angaben von Regierungsseite zufolge kam es im Haushaltsjahr 1987/88 (das am 31.3.1988 endete) zu insgesamt 3.046 Gefechten; die Verluste des Militärs (ohne Miliz, Volkspolizei und zivile Träger) beliefen sich dabei auf 592 Tote und 1.666 Verwundete, die der Guerilla auf 1.688 Tote, 378 Gefangene und 569 Überläufer(29) (Angaben von Guerillaseite sind für das Militär ungünstiger.)

Diese Zahlen zeigen zweierlei: Keine von beiden Seiten ist stark genug, rein militärisch zu siegen - und beide Seiten bringen große Opfer an Menschenleben. Darüber hinaus aber ist ein Teil des Landes durch die Guerillero-Präsenz für die nationale Wirtschaft nicht nutzbar, und das Staatsbudget wird durch die Guerilla-Bekämpfung stark belastet. Wäre die Guerilla-Frage auch nur weitgehend gelöst worden, ginge es dem Lande wahrscheinlich wirtschaftlich besser.

3. Die Phase nach Ne Win: U Sein Lwin, U Maung Maung, General Saw Maung

Neuer Staatsratsvorsitzender und Präsident Birmas wurde am 27. Juli U Sein Lwin, unmittelbar vorher auch zum BSPP-Vorsitzenden gewählt und bisher Nr.4 in der Parteihierarchie sowie Nr.3 in der Staatshierarchie. Es gab einige weitere Neubesetzungen in Spitzenpositionen, jedoch nur durch Aufrücken von anderen Mitgliedern der Führungsgruppe; so wurde U Tun Tin, bisher einer der beiden stellvertretenden Premiers, neuer Premierminister, und der Stabschef der Streitkräfte, General Saw Maung,

übernahm zusätzlich das Amt des Verteidigungsministers.(30)

Die Partei hatte damit eindeutig auf eine Fortsetzung des bisherigen Kurses gesetzt - verbunden allerdings mit den beschlossenen Wirtschaftsreformen, deren Verwirklichung die neue Regierung sofort in Angriff nahm.

Die Opposition sah sich durch die "Machtübernahme" des Ex-Generals Sein Lwin, der als enger Vertrauter von U Ne Win und außerdem als hart galt, in ihrer langjährigen Hoffnung auf Veränderungen beim Abtreten von "Number One" (Ne Win) enttäuscht und setzte die Demonstrationen fort. Am 3. August wurde auch über Teile der Provinz Rangun das Kriegsrecht verhängt. Am 8. August breiteten sich die Proteste schlagartig auf eine ganze Anzahl bis dahin im wesentlichen offenbar ruhiger Städte aus - was eine Koordinierung vermuten läßt -, am folgenden Tag noch weiter. Gewalttätigkeiten nahmen zu; außer zu Plünderungen von Lebensmittelvorräten kam es auch zu sinnlosen Zerstörungsaktionen durch Mobs. Der Präsident ließ schießen. Obwohl in Rangun am 11. August eine leichte Beruhigung eingetreten war, gab am 12. August unerwartet der Staatsrat bekannt, U Sein Lwin habe seinen Rücktritt als Präsident eingereicht, der akzeptiert worden sei.

Das kontinuierlich unter Staatskontrolle stehende Radio Rangun meldete später, in der Hauptstadt habe es in Verbindung mit den Unruhen ab 8. August laut Krankenhausregistrierungen 112 Tote und 267 Verletzte gegeben. Ausländische Presseberichte sprachen (ohne zuverlässige Quellen) demgegenüber von bis zu 1.000 oder sogar 3.000 Toten.

In den nächsten Tagen kam es nur noch zu vergleichsweise kleineren Zwischenfällen. Am 19. August traten erneut das ZK der BSPP und das Parlament zu einer Sondersitzung zusammen. Zum neuen Parteivorsitzenden und Präsidenten Birmas wurde der 63jährige Zivilist U Maung Maung, ein 1962 in Yale promovierter Jurist, gewählt. Er gehörte zwar ebenfalls bereits dem Zentralen Exekutivausschuß des ZK der BSPP an, galt aber als gemäßigt. Weitere Umbesetzungen wurden nicht bekanntgegeben.

Die Präsidentschaft U Maung Maungs war gekennzeichnet durch immer größere Zugeständnisse an die Opposition und einen unverkennbaren Willen zur Demokratisierung, aber auch durch einen zunehmenden Verlust von Regierungskontrolle im Land und um sich greifende Rechtslosigkeit.

Der Staatsrat setzte noch am 19. August eine "Kommission zur Einholung der öffentlichen Meinung" ein, die bis Ende September ihren Bericht

vorlegen sollte. Obwohl am 22. August ein von der Opposition ausgetriggerter Generalstreik begann, zog der Präsident am 23. August die Ordnungskräfte aus dem Weichbild der Städte zurück und hob am 24. August landesweit die lokal bestehenden Ausgangssperren und das Kriegsrecht wieder auf; die Meinungseinhol-Kommission wurde aufgelöst, für den 12. September ein weiterer Sonderparteitag und für den 13. September eine Sondersitzung des Parlaments einberufen. Am selben Tag kündigte U Maung Maung in einer vom Rundfunk ausgestrahlten Rede an, Parteitag und Parlament sollten darüber zu entscheiden haben, ob eine Volksabstimmung über die Wiedereinführung eines Mehrparteiensystems stattfinden solle oder nicht. Sollten sie dagegen stimmen, würden er und alle übrigen Mitglieder des Zentralen Exekutiv Ausschusses aus der BSPP austreten. Käme es aber zu einer Volksabstimmung mit positivem Ergebnis und der anschließenden Parlamentswahl mit Mehrparteiensystem, so würden er und alle übrigen Mitglieder des Staatsrates, des Ministerrates und der Räte der Volksrichter, der Volksanwälte und der Volksinspektoren nicht kandidieren - womit sie nach der Verfassung automatisch nicht wieder in diese fünf Gremien zurückkehren konnten und völlig aus der Spitzenpolitik ausschieden.

Am 25. August wurden nach offiziellen Angaben von den seit dem 3. August festgenommenen 2.750 Personen - darunter 597 Studenten und 147 Studentinnen(31) - die letzten wieder auf freien Fuß gesetzt. Es begann eine Entlassung tausender von normalen Untersuchungshäftlingen und von Strafgefangenen, die nur noch kleine Reststrafen zu verbüßen hatten. In mehreren Gefängnissen kam es jedoch auch zu Massenausbrüchen, die von außen unterstützt wurden. An Demonstrationen beteiligten sich - nach ausländischen Berichten zufolge - jetzt oft Hunderttausende von Menschen. Zu Lande, zu Wasser und in der Luft ruhte der Verkehr - was die Nahrungsmittelversorgung in den Städten dramatisch verschlechterte. Banken sowie zahlreiche Geschäfte und Industriebetriebe blieben geschlossen, viele Behörden arbeiteten de facto nicht mehr, stellenweise formierten sich als Ersatz Bürgerkomitees, denen z.T. auch buddhistische Mönche angehörten.

Am 28. August konstituierten sich eine "Allianz für Demokratie und Frieden" (ADF) mit Ex-Premier U Nu als Schirmherrn und U Tin U, einem früheren Stabschef der Streitkräfte, als Generalsekretär sowie eine "Gesamtbirmanische Föderation der Studentenverbände" (GBFSV). Demonstrationen, aber auch Gewalttaten und Plünderungen hielten an. Am 7. September meldete Radio Rangun, bis zu diesem Tage sei öffentliches

Eigentum im Gesamtwert von 260 Mio. Kyat verlorengegangen. Ex-Premier U Nu erklärte sich am Vormittag des 9. September öffentlich zum Premierminister des Landes - ein Anspruch, den er trotz Kritik auch aus den Reihen der Opposition in der Folge aufrecht erhielt.

Der BSPP-Parteitag und das Parlament traten nun bereits am 10. bzw. 11. September zusammen und billigten die Abhaltung einer Parlamentswahl auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems; auf eine vorherige Volksabstimmung darüber wurde verzichtet. Damit hatten sowohl die Exekutive wie auch die Legislative und die Machtzentrale BSPP einer Rückkehr zur Demokratie formell und verbindlich zugestimmt und der wichtigsten Oppositionsforderung entsprochen. In einem Punkt allerdings blieb die Regierung fest: Sie lehnte es ab, zugunsten einer "Interimsregierung" zurückzutreten, die sich in der Praxis wohl nur aus Oppositionsangehörigen zusammensetzte und für eine nicht befristete Zeit vor der Durchführung einer Parlamentswahl amtierend sollte. Dies, so wurde erklärt, sei nirgendwo in der Verfassung vorgesehen.(32) Außerdem hätte es einer bedingungslosen Kapitulation entsprochen, ohne daß aus Sicht der Regierungsseite dazu eine Notwendigkeit bestand.

Statt dessen setzte der Staatsrat eine 5köpfige Wahlkommission ein, die, wie sie in ihrer ersten Verlautbarung betonte, ausschließlich aus Pensionären bestand, die keine Karrieren oder sonstigen persönlichen Vorteile mehr zu erwarten hatten; auch die Studenten, Mönche etc. wurden zur Mitarbeit bei der Durchführung der Wahl aufgefordert.(33)

Am 16. September machte die Regierung ein weiteres Zugeständnis: U Maung Maung ordnete an, daß mit Wirkung vom selben Tage alle Angehörigen der Streitkräfte, der Volkspolizei und des übrigen öffentlichen Dienstes nicht mehr Mitglied einer politischen Partei sein dürften. Die BSPP bestätigte diesen Entzug ihrer Machtbasis gesondert.(34)

Am 18. September gab eine "Organisation für den Aufbau von Recht und Ordnung im Staat" (OAROS) bekannt, die Streitkräfte hätten mit sofortiger Wirkung im ganzen Land die Macht übernommen, um geordnete Verhältnisse wiederherzustellen, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln etc. zu gewährleisten und, wenn dies geschehen sei, allgemeine Wahlen mit einem Mehrparteiensystem durchzuführen. Die bestehende Wahlkommission wurde im Amt bestätigt. Unterzeichnet war die Bekanntmachung von General Saw Maung, dem bisherigen Verteidigungsminister und Stabschef der Streitkräfte.

3.1. Das politische System der Militärregierung

Noch am selben Tag wurden das Parlament, der Staatsrat, der Ministerrat und die Räte der Volksrichter, Volksanwälte und Volksinspektoren für aufgelöst erklärt und alle stellvertretenden Minister von ihren Pflichten suspendiert. Über das ganze Land wurde eine nächtliche Ausgangssperre von 20 bis 4 Uhr verhängt; Demonstrationen, das Errichten von Straßensperren etc. wurden verboten, Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die nicht bis zum 26. September - einem später auf November und dann auf Dezember verlängerten Termin - an den Arbeitsplatz zurückkehrten, wurde die Suspendierung angekündigt. "Anordnung Nr.1/88" vom 18. September zeigte die Zusammensetzung des OAROS: 19 Offiziere, außer zwei Obersten alle im Generals- oder Admiralsrang, darunter die Kommandeure aller acht Kommandobereiche der Streitkräfte; Vorsitzender war General Saw Maung.(35) Vom folgenden Tag an führte der OAROS die Bezeichnung "Staatskomitee für die Schaffung von Recht und Ordnung" (SKSRO).(35)

Obwohl die Verfassung nicht für ungültig erklärt wurde, nahm das Militärgremium sowohl exekutive als auch legislative Funktionen wahr.

Am 20. September bildete es - mit Wirkung vom folgenden Tag - ein 9köpfiges Kabinett (ohne Premierminister), dem 8 Offiziere (darunter General Saw Maung als Minister für Verteidigung und für Auswärtiges, aber keiner der regionalen Kommandeure) sowie ein Zivilist (im Gesundheitsressort) angehörten. Außerdem wurde die Struktur der Regionalverwaltung bekanntgegeben: Auf der Ebene der Unionsstaaten und Provinzen und darunter auf der Ebene der "townships" wurden "Komitees für die Schaffung von Recht und Ordnung" (KSROs) gebildet, denen in Provinzen und Unionsstaaten der Kommandeur des regionalen Kommandobereichs der Streitkräfte und in den "townships" ein nicht näher spezifizierter Offizier vorstand; ferner gehörten ihnen der jeweilige Volkspolizeikommandeur und der Leiter einer bestimmten zivilen Behörde sowie ein vom Vorsitzenden ernannter Sekretär an.(36)

Die Ablösung des bisherigen Systems ging aber noch weiter: Am 19. September wurden drei die bisherige Regierungspartei BSPP betreffende Gesetze für unwirksam erklärt.(37) Der BSPP wurde damit die Rechtsgrundlage entzogen, sie mußte ihr Vermögen an den Staat zurückgeben.

Wesentlich später, am 19. Oktober, vollzog das SKSRO rückwirkend zum 18. September einen letzten formellen Schritt: Der Staatsname wurde vom bisherigen "Sozialistische Republik der Birmanischen Union" in

"Birmanische Union" abgeändert, für den "Staatsrat" das SKSRO als Bezeichnung eingesetzt, für den "Ministerrat" "Regierung", u.s.w.(38) Für den Obersten Gerichtshof und den Rechnungshof waren am 26. bzw. 28. September Organisationsgesetze erlassen worden.(39)

General Saw Maung verfügte damit über einen straff organisierten Verwaltungsapparat, für dessen wichtigere Funktionsträger ja außerdem noch die militärische Rangordnung, wenn nicht sogar Kommandokette, galt.

3.2. Vorbereitung einer Mehrparteien-Wahl

Am 30. September wurde ein allgemeines Gesetz zur Bildung von Verbänden und Organisationen - ausdrücklich auch auf politische Parteien bezogen - erlassen. Es verbietet Organisationen, welche Recht und Ordnung, die Abwicklung des Verkehrs, das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung u.ä. untergraben oder dazu auffordern oder beitragen, sowie Organisationen, die sich aus Angehörigen des öffentlichen Dienstes (einschl. ausdrücklich der Streitkräfte und der Volkspolizei) zusammensetzten. Für Verstöße sieht das Gesetz Haftstrafen von drei bis fünf Jahren vor.(40)

Bereits am 28. September waren Ausführungsbestimmungen zur Registrierung politischer Parteien in Kraft getreten. Sie schreiben eine Annullierung der Registrierung u.a. vor, wenn es sich bei der Partei handelt um: eine bewaffnet gegen den Staat kämpfende Gruppe; eine Organisation, die direkt oder indirekt von öffentlichen Mitteln, öffentlichen Gebäuden oder sonstigem öffentlichen Besitz Gebrauch macht; eine Organisation, die direkt oder indirekt finanzielle oder sonstige Unterstützung von einer ausländischen Regierung, Finanzinstitution oder Organisation in Anspruch nimmt; eine Organisation, die von einer Religion für politische Zwecke Gebrauch macht. Wenn festgestellt wird, daß in einer registrierten Partei Angehörige des öffentlichen Dienstes Mitglied sind, müssen diese Partei und die Öffentlichkeit durch die Wahlkommission davon unterrichtet werden und diese Mitglieder aus der Partei ausscheiden.(41)

Birma hat mit diesen Bestimmungen eine völlige Trennung von Staat und Parteien vollzogen - so drastisch, daß in vermutlich den meisten Ländern der Erde, würden diese Vorschriften dort Anwendung finden, zahlreiche Parteien aufgelöst werden müßten.

Die Wahlvorbereitungen gingen danach weiter: Am 20. Oktober gab die Wahlkommission bekannt, es seien bereits 28 politische Parteien offi-

ziell registriert worden.(42) Zu ihnen gehören die "Partei für nationale Einheit" (PNE; Vors. U Tha Kyaw), de facto eine - wenn auch sehr viel kleinere - Nachfolgeorganisation der bisherigen Regierungspartei BSPP,(43) und die "Nationale Liga für Demokratie" (NLD) mit U Aung Gyi als Vorsitzendem, U Tin U als stellvertretendem Vorsitzenden und Daw Aung San Suu Kyi - Tochter des Nationalhelden Aung San - als Generalsekretärin.(44)

3.3. Die Kräfte im Widerstreit

Nicht nur bei der formellen Reorganisation des Staatswesens, auch in der Praxis griff das Militär durch. An den ersten zehn Tagen nach dem Putsch wurden offiziellen Angaben zufolge 342 Personen getötet - nach Einzelmeldungen z.T. Plünderer -, darunter 250 in Rangun, sowie 219 verletzt und 1.107 festgenommen.(45) Der Streik wurde Anfang Oktober gebrochen;(46) in den Ministerien arbeiteten nach einer Meldung von Radio Rangun vom 3. Oktober bereits wieder zwischen 95 und 100 % aller Beschäftigten.(47) Der Eisenbahnverkehr auf der Hauptstrecke zwischen Rangun und Mandalay wurde wiederaufgenommen,(48) womit eine Voraussetzung für eine bessere Nahrungsmittelversorgung in den Städten geschaffen war. Für die Zeit ab 10. Oktober wurde eine stufenweise Wiedereröffnung von Banken angekündigt.(49) Offen ist, ob einzelne Meldungen, denen zufolge passiver Widerstand durch Erledigung nur der unvermeidbaren Arbeiten geleistet wird, für das ganze Land typisch sind oder nicht.

In jedem Fall aber hat sich von Juli bis September eine erhebliche Kräfteverschiebung vollzogen.

Während der gesamten Unruhen hatte das Militär, soweit äußerlich sichtbar, nahezu geschlossen auf Regierungsseite gestanden; das mancherorts erwartete Überlaufen zahlreicher Soldaten zur Opposition erfolgte nicht. Wie aus einer Meldung vom 17. Oktober hervorgeht, haben die Streitkräfte außerdem mit dem Aufstellen einer neuen Leichten Infanterie-Division begonnen, für die auch Volkspolizisten rekrutiert werden (eine Wehrpflicht besteht in Birma de facto nicht).(50) Über eine Partei als "politischen Arm" aber verfügen sie nicht mehr.

Austritte aus der BSPP wurden vor allem in der Regierungszeit von U Maung Maung - schon vor dem Zwangsausscheiden aller öffentlichen Bediensteten - gemeldet; zu ihrem Umfang liegen keine näheren Angaben

vor. Die neue NLD hat keine eigene Machtbasis.

Der öffentliche Dienst ist keine zuverlässige Regierungsstütze mehr; denn unübersehbar hoch war der Anteil seiner zivilen Angehörigen, die der Arbeit fernblieben und z.T. sogar an Protestkundgebungen teilnahmen. Untergeordnete Verwaltungen wie auch Ministerien waren teilweise nicht mehr ausreichend funktionsfähig.

Die organisierte Opposition ist stärker geworden - nicht nur durch Wiederezulassung von Parteien.

Studenten spielten bei den Unruhen eine besonders aktive Rolle - wie es zunächst schien, spontan, und dann locker koordiniert. Der Vorsitzende der im August gegründeten "Gesambirmanischen Föderation von Studentenverbänden", Min Ko Naing (bis zu den Unruhen Zoologie-Student an der Universität Rangun, derzeit untergetaucht), teilte jedoch später mit, er habe bereits seit 1984 Dissidentenzellen organisiert; sein Verband habe inzwischen 40.000 Aufnahmeanträge erhalten und 30.000 Mitgliedsausweise ausgegeben.(51)

Schon vor dem Militärputsch wurden Kontakte von Studenten zur Guerilla gemeldet; nach dem Putsch aber setzte ein ganzer Studentenstrom dorthin ein - häufig, weil eine Verhaftung befürchtet wurde. Radio Rangun meldete am 11. Oktober, fast 3.500 Studenten hätten sich verschiedenen Guerillaorganisationen angeschlossen: ca. 2.000 der "Karen National Union" (KNU), ca. 1.000 den Mon, 80 den Kachin, 10 den Arakanesen, 5 der BCP, 70 den Shan, 200 den Weißen Pa-o, 100 den Karenni.(52) Der Vorsitzende der "National Democratic Front" (NDF) - der größeren der beiden Dachorganisationen aufständischer ethnischer Minderheiten -, Saw Mawreh, bezifferte am 18. Oktober die Zahl der in NDF-Lagern (d.h. bei den Karen, Karenni, Mon, Kachin, einem Teil der Shan, etc.) eingetroffenen Studenten auf ca. 10.000. Die NDF bildet sie militärisch aus. Nach Angaben des Karen-Führers Bo Mya fehlt es jedoch an Medikamenten, Nahrungsmitteln und Kleidung; viele Studenten sind bereits an Malaria erkrankt.(53) (Die Regierung hat für die Zeit bis zum 18. November Durchgangslager für rückkehrwillige Studenten eingerichtet, die von dort nach medizinischer u.a. Versorgung (und vermutlich Verhör) zu ihren Eltern zurückgeschickt werden sollen.(54) Bis zum 24. Oktober kehrten insgesamt 380 Studenten zu den Eltern zurück.(55))

Obwohl Truppen aus den Aufstandsgebieten zum Einsatz bei Demonstrationen u.a. abgezogen worden waren, griffen die Aufständischen erst in einer späteren Phase in größerem Umfang Regierungsstellungen an - sei es, daß sie vorher mit einem Auseinanderbrechen der Regierung rech-

neten, oder sei es, daß sie aus logistischen Gründen vorher dazu nicht in der Lage waren bzw. keine Erfolgchance sahen.

Am 14. September aber starteten etwa 1.500 BCP-Guerilleros einen Angriff auf Stellungen des Gegners im Raum Mong Yang und konnten einige von ihnen erobern, verloren sie aber kurz vor Monatsende wieder. Die Verluste auf beiden Seiten waren hoch - nach Regierungsangaben verloren allein die BCP-Guerilleros bis zum 1. Oktober dabei 200 Tote und 102 Gefangene. (56) Karen gingen ab 26. September gegen das Camp Mae Ta Waw vor und erstürmten es am 13. Oktober. Nach Angaben der thailändischen Grenzpolizei war fast die Hälfte der 800 dort stationierten Regierungssoldaten im August und September abgezogen worden, und von den Verbliebenen wurden 185 getötet oder verwundet, während die Karen noch höhere Verluste erlitten.(57)

Organisatorisch ist es nach dem Militärputsch zu einer erweiterten Koalition auf Guerilla-Seite gekommen: Vom 14. bis 18. November 1988 tagten im KNU-Lager Klerday Repräsentanten von 22 gegen die Regierung gerichteten Organisationen, die sich dabei zu einer "Democratic Alliance of Burma" (DAB) zusammenschlossen. 10 dieser DAB-Mitglieder sind die NDF-Mitgliedsorganisationen; die übrigen 12 sind Organisationen teils von Studenten und anderen Jugendlichen, die wie o.a. zur Guerilla übergelaufen sind, teils von Exilbirmanen. Zum Vorsitzenden der DAB wurde General Bo Mya (KNU) gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Brang Seng, Führer der "Kachin Independence Organization" (KIO - eine der stärksten NDF-Mitgliedsorganisationen).(58) Beide stehen für eine unterschiedliche Politik: General Bo Mya setzt vor allem auf bewaffneten Kampf gegen die Regierung, Brang Seng ist bei mehreren Auslandsreisen 1987 und 1988 für eine Verhandlungslösung eingetreten.

Zwischen den Fronten standen bei den zivilen Unruhen die buddhistischen Mönche. Wiederholt rief die landesweite Mönchsorganisation beide Seiten zur friedlichen Zusammenarbeit bei der Herbeiführung einer Demokratie auf,(59) und sowohl als Organisation wie auch individuell beteiligten sich Mönche nach dem zeitweiligen Zusammenbruch der Zivilverwaltung zusammen mit anderen Bürgern - auch Oppositionellen - an der Aufrechterhaltung einer provisorischen Verwaltung.(60) Zwar war offenbar eine kleine Anzahl von Mönchen auch bewaffnet, doch erwiesen sich die buddhistischen Mönche insgesamt als stabilisierender Faktor für das Land und verhinderten zweifellos ein noch weit größeres Blutvergießen - bei Demonstrationen oft in Zusammenarbeit mit den Organisatoren.

4. Résumé und Ausblick

Die Massenproteste in allen Teilen des Landes und mit Teilnehmern aus allen sozialen Schichten haben den Herrschenden deutlich gemacht, daß das BSPP-Regime kaum noch Rückhalt in der Bevölkerung hatte. Sie haben die Konsequenzen gezogen und - nach einem ersten Versuch unter U Sein Lwin, Proteste wie gewohnt zu unterdrücken - die BSPP zunächst von ihren Machtmitteln abgeschnitten und dann aufgelöst.

Anders als beim Machtwechsel 1986 auf den Philippinen, der zwar von Beteiligten und den Massenmedien als Sieg von "people's power" gefeiert wurde, in Wirklichkeit aber durch das Umschwenken des philippinischen Militärs, den anfänglichen Versuch von Marcos, eine Verhandlungslösung herbeizuführen, und schließlich amerikanischen Druck auf Marcos zustande kam, hat in Birma wirklich die "Macht des Volkes" Veränderungen herbeigeführt. Ausländische Versuche einer Einflußnahme hat es zwar in geringem Umfang gegeben - so eine vom Abgeordneten Solarz eingebrachte und vom amerikanischen Repräsentantenhaus verabschiedete Resolution (61) -, aber sie dürften die Regierung von Birma kaum davon abgehalten haben, wie gewohnt ihren eignen Weg zu gehen und das zu tun, was ihr unter innenpolitischen Gesichtspunkten richtig erschien.

Beide an den Unruhen beteiligten Seiten haben, vermutlich durch den Buddhismus motiviert, auf ihre eigene Art auch Zurückhaltung an den Tag gelegt: Die ganz überwiegende Mehrheit der Demonstranten war unbewaffnet und friedlich. Umgekehrt ist die Regierungsseite zwar zeitweilig recht hart vorgegangen, aber sie hat nicht verbissen bis zum letzten ihre Position verteidigt, sondern rational entschieden und selbst eine Auflösung ihres ungeliebten Regimes eingeleitet. Noch so zahlreiche Proteste hätten sie, wie die Entwicklung nach dem jüngsten "Putsch" gezeigt hat, mit dem Militär auf ihrer Seite kaum dazu zwingen können.

Von der Guerilla-Front abgesehen, ist inzwischen weitgehend äußerliche Ruhe im Land eingeekehrt - zum einen durch den Druck des Militärregimes, zum andern wohl auch durch die Möglichkeit für die Opposition, sich legal politisch zu betätigen.

Nach Ankündigung der Wahlkommission sollen die Vorbereitungen für die Wahl in den ersten Monaten von 1989 abgeschlossen werden.(62) Von Regierungsseite ist immer wieder bekräftigt worden, daß es wirklich zu der Wahl kommen wird - und alle äußeren Anzeichen sprechen für ihre Durchführung, sollte es nicht vorher zu einer erneuten Destabilisierung kommen.

Problematisch ist allerdings das Ergebnis: Am 6. Dezember meldete Radio Rangun, es seien bereits 157 Parteien eingetragen worden.(63) Diese Vielzahl von Parteien - die sich voraussichtlich noch erhöhen wird - läßt sich einerseits als Resultat des lange unterdrückten Verlangens nach Demokratie interpretieren, könnte aber auch praktische Gründe haben: Jede Partei erhält nach einer ausländischen Meldung einen Telefonanschluß und etwa 200 Liter Benzin pro Monat.

U.U. werden bei einer Wahl die Stimmen besonders auf einige wenige Parteien oder Parteiblöcke entfallen. So soll auf Regierungsseite nach einer Meldung der Zeitschrift "Asiaweek" die BSPP-Nachfolgerin "Partei für nationale Einheit", unterstützt durch Geldangebote, möglicherweise etwa 50 Parteien als Verbündete gewonnen haben. Umgekehrt soll die "Nationale Liga für Demokratie" - die davon profitieren dürfte, daß ihr Vorstandsmitglied Daw Aung San Suu Kyi Tochter des Nationalhelden General Aung San ist und damit einen auch den weniger informierten Bevölkerungsschichten bekannten Namen trägt - derselben Quelle zufolge bereits über 3 Millionen Mitglieder haben.(64) Allerdings ist der bisherige Parteivorsitzende, der ebenfalls populäre Ex-General Aung Gyi, am 10. Dezember nach Meldung einer Nachrichtenagentur ausgeschieden, um eine eigene Partei zu gründen.(65)

Sollte sich als Wahlergebnis eine stabile regierungsfähige Mehrheit abzeichnen, so spricht vieles dafür, daß sich das Militär aus der Politik zurückzieht - wie schon 1960 einmal. Sollte es hingegen zu einem Nebeneinander zahlreicher untereinander uneiniger Parteien kommen, so ist denkbar, daß die Streitkräfte vor ihrem Abtreten zunächst eine Stabilisierung herbeizuführen suchen.

Ein Unsicherheitsfaktor in den Augen vieler Beobachter ist die vermutete Entscheidungsfunktion von U Ne Win im Hintergrund. Auch hier ist aber denkbar, daß der 77jährige mit einem Übergang zu geordneten demokratischen Verhältnissen seine geschichtliche Rolle als abgeschlossen ansieht.

Wie sich eine künftige Regierung gegenüber der Guerilla verhalten wird, ist offen und naturgemäß von ihrer Zusammensetzung abhängig; denn noch immer ist die Zurückhaltung vieler ethnischer Birmanen gegenüber Angehörigen ethnischer Minderheiten groß. Gerade die derzeitige Umbruchsituation würde jedoch die Möglichkeit bieten, auch in dieser Frage eine rationale Entscheidung zu treffen und durch Zugeständnisse in Richtung einer stärkeren regionalen Selbstverwaltung die Dauerbelastung des Staates auf wenige verbleibende Guerilla-Gruppen zu reduzieren.

Davon unabhängig werden äußere Sachzwänge die künftige birmanische Politik beeinflussen: Während der Unruhen dieses Jahres ist die ausländische Hilfe völlig oder im wesentlichen eingestellt worden. Das Land benötigt für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau aber dringend Devisen und technisches Know-how. Dies läßt erwarten, daß die beschlossene und bereits eingeleitete außenwirtschaftliche Öffnung - ebenso wie die binnenwirtschaftliche Privatisierung - weitergehen werden. Wenn Birma auch weiterhin nicht bereit sein dürfte, Hilfe mit allzu starken fremden Eingriffen in seine Angelegenheiten zu erkaufen, so könnte es sich vor diesem Hintergrund doch eventuell zu Zugeständnissen in Menschenrechtsfragen veranlaßt sehen.

Was allgemein nicht mehr gefragt sein wird, ist Sozialismus; denn der Weg zum Sozialismus in Birma hat sich bereits auf halber Strecke als Fehlentscheidung erwiesen.

Anmerkungen:

- (1) Heute der Unionsstaat Rakhine.
- (2) Die Karenni ("rote Karen" - nach ihrer Kleidung) bilden heute den Kayah-Staat der Birmanischen Union.
- (3) Steinberg, David I.: Burma. A Socialist Nation of Southeast Asia. Boulder (Colorado) 1982, S.22-31.
- (4) Siemers, G.: Die birmanischen Streitkräfte, S.566-568, in: Südostasien aktuell 85/6 (Nov. 1985), S.566-580.
- (5) Steinberg 1982, S.32-34 und 59-74.
- (6) Nach dem englischen Wortlaut in: Fleischmann, Klaus: Die neue Verfassung der Union von Birma. Vorgeschichte, Inhalte, Wirklichkeit. Hamburg 1976, S.370.
- (7) Gesamtübersicht ab Abs. 2.1., soweit nicht anders vermerkt, nach: Siemers, G.: Die Partei, Rechenschaft und Planung: 5.Parteitag der Birmanischen sozialistischen Programmpartei, S.475-476 und 478-479, in: Südostasien aktuell 85/5 (Sept. 1985), S.475-485.
- (8) Silverstein, Josef: Burma. Military Rule and the Politics of Stagnation. Ithaca (N.Y.) 1977, S.81-85.
- (9) Nach Verf. Art.29 (Fleischmann 1976, S.374) sind "villages" in "village-tracts" zusammengefaßt, "village-tracts" und "towns" in "townships", "townships" in "states" (Unionsstaaten mit ethnischen Minderheiten) oder "divisions" (Provinzen); "states" und "divisions" bil-

den die Birmanische Union.

- (10) Nach dem Text der Verfassung in: Fleischmann 1976, S.366 ff.
- (11) Zahlen für 1988: Südostasien aktuell 88/4, S.329.
- (12) Von März 1981 bis März 1985 erhöhte sich die Zahl der BSPP-Mitglieder um rund 800.000, die der Parteizellen um 111.002, die der Parteisektionen um 13.881. (Südostasien aktuell 85/5, S.447.)
- (13) Siemers, Sept. 1985, S.476-478.
- (14) Siemers, Nov. 1985, S.577-578.
- (15) Angaben bis 1982 nach: Europa Publications Ltd. (Hrsg.): The Far East and Australasia 1982-83. London 1982, S.316.
- (16) Südostasien aktuell 87/6, S.528.
- (17) Darunter 41 durch Ersticken in einem mit 71 (!) Festgenommenen belegten Gefängniswagen.
- (18) So (nach offiziellen Angaben) bei unbewaffnetem Vorgehen 6 tote und 20 schwerverletzte Polizisten.
- (19) Südostasien aktuell 88/4, S.295-298.
- (20) Teilnehmer waren 1.062 von insgesamt 1.089 Delegierten.
- (21) Südostasien aktuell 88/4, S.329-335.
- (22) Ebenda, S.331.
- (23) Ministry of Planning and Finance (Hrsg.): Report to the Pyithu Hluttaw on The Financial, Economic and Social Conditions For 1988/89. Rangoon 1988, S.30 und 40.
- (24) 1 DM entsprach Ende Juni 1987 nach dem offiziellen Wechselkurs etwa 3,70 Kyat.
- (25) Südostasien aktuell 87/4, S.437.
- (26) Südostasien aktuell 87/5, S.527.
- (27) Südostasien aktuell 88/4, S.331-334.
- (28) International Institute for Strategic Studies (Hrsg.): The Military Balance 1987-88. London 1987, S.155-156. Die birmanische Regierung hat niedrigere Guerillero-Zahlen genannt, die Guerilla selbst höhere.
- (29) The Guardian (hier immer: Rangoon), 27.3.1988.
- (30) Südostasien aktuell 88/4, S.332-333.
- (31) Das englische Wort "student" kann auch Schüler einschließen.
- (32) Nach der ausführlicheren Darstellung in: Südostasien aktuell 88/4, S.415-424.
- (33) Rangoon home service (in der Folge: Rangoon hs), 12.9.1988, laut (BBC) Summary of World Broadcasts (in der Folge: SWB), 13.9.1988.

- (34) Rangoon hs, 16.9.1988, laut SWB, 19.9.1988.
- (35) Rangoon hs, 18.9.1988, laut SWB, 20.9.1988.
- (36) Rangoon hs, 20.9.1988, laut SWB, 21.9.1988.
- (37) Rangoon hs, 19.9.1988, laut SWB, 20.9.1988.
- (38) Rangoon hs, 19.10.1988, laut SWB, 25.10.1988.
- (39) Rangoon hs, 26. und 28.9.1988, laut SWB, 28. und 30.9.1988.
- (40) Rangoon hs, 30.9.1988, laut SWB, 3.10.1988.
- (41) Rangoon hs, 28.9.1988, laut SWB, 30.9.1988.
- (42) Rangoon hs, 20.10.1988, laut SWB, 21.10.1988.
- (43) Rangoon hs, 14.10.1988, laut SWB, 17.10.1988.
- (44) Rangoon hs, 18.10.1988, laut SWB, 20.10.1988.
- (45) Xinhua, 28.9.1988.
- (46) Financial Times, 5.10.1988.
- (47) Rangoon hs, 3.10.1988, laut SWB, 5.10.1988.
- (48) Rangoon hs, 30.9. und 5.10.1988, laut SWB, 3. und 7.10.1988.
- (49) Rangoon hs, 4.10.1988, laut SWB, 6.10.1988.
- (50) Rangoon hs, 17.10.1988, laut SWB, 19.10.1988.
- (51) Asiaweek, 28.10.1988, S.29.
- (52) Rangoon hs, 11.10.1988, laut SWB, 13.10.1988.
- (53) Bangkok Post, 19.10.1988, laut SWB, 20.10.1988.
- (54) Rangoon hs, 11.10.1988, laut SWB, 20.10.1988.
- (55) Rangoon hs, 24.10.1988, laut SWB, 26.10.1988.
- (56) Südostasien aktuell 88/5, S.395-396.
- (57) Asiaweek, 28.10.1988, S.28.
- (58) DAB Press Release, 19.11.1988.
- (59) So in einem Appell vom 20.9.1988, nach Rangoon hs, 20.9.1988, laut SWB, 22.9.1988.
- (60) S. u.a. Asiaweek, 28.10.1988, S.29.
- (61) The Guardian, 9.9.1988.
- (62) Rangoon hs, 14.10.1988, laut SWB, 17.10.1988.
- (63) Rangoon hs, 6.12.1988, laut SWB, 8.12.1988.
- (64) Asiaweek, 9.12.1988, S.35.
- (65) Xinhua, ohne Datumsangabe, laut SWB, 12.12.1988.